

»Vertriebene« ohne Beistand der Regierung

Berlin. Die Bundesregierung hat sich erneut von Entschädigungsforderungen sogenannter Vertriebener an Polen distanziert. Bundeskanzlerin Angela Merkel habe bereits darauf hingewiesen, daß keine deutsche Regierung Eigentumsansprüche unterstützt habe, sagte der stellvertretende Regierungssprecher Thomas Steg am Montag in Berlin. »Genau diese Position wird auch die neue Bundesregierung einnehmen.«

Die Organisation »Preußische Treuhand« hatte bereits vor zwei Jahren eine Entschädigungsklage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte angekündigt und damit für eine Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen gesorgt. Die Klageschrift soll jetzt fertig sein und in Kürze in Strasbourg eingereicht werden.

(AP/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/71624.vertriebene-ohne-beistand-der-regierung.html>